

Schwäbisches Tagblatt

Tübinger Chronik

Einzelpreis € 2,00
Donnerstag, 14. Januar 2021

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEN LANDKREIS TÜBINGEN UND DIE REGION

IM VERBUND DER
SÜDWEST PRESSE

Aus der Region



Warnung vor dem Betreten der Eisflächen

Kreis Tübingen. Nach erster Eisbildung auf dem Tübinger Anlagensee warnt die Regionalgruppe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) vor einem Betreten der Eisflächen.

Wie das Super-Wahljahr aussehen könnte

Tübingen. Schon jetzt ist klar: So wie sonst werden die beiden Wahlen in diesem Jahr nicht verlaufen. Wir verraten, wie sich die Parteien auf den Pandemie-Wahlkampf vorbereiten.

ANZEIGE

CR
GEBÄUDESERVICE
Gebäudereinigung · Gebäudemanagement · Hausmeisterservice
Amselweg 9 · 72144 Dußlingen
Telefon 07072 1261387
www.cr-gebauedeservice.de

Würden die Kunden beim Metzger mehr bezahlen?

Rottenburg. 30 zufällig ausgewählte Rottenburger beraten über die Zukunft des Rottenburger Schlachthofs. Wie wichtig sind „Bio“-Zertifikate, Regionalität und Nachhaltigkeit?

Die Härten-Schulen hangeln sich so durch

Kusterdingen. Nur digital: Das funktioniert in Grundschulen schlecht, finden die Lehrer in den Härten-Schulen. Heute wird beraten, ob die Grundschulen am Montag wieder öffnen.

Keine WM wie die elf zuvor für Physio Peter Gräschus

Regionalsport. Für den Mössinger Peter Gräschus ist die Handball-Weltmeisterschaft in Ägypten die zwölfte als Physiotherapeut des Nationalteams. Und die außergewöhnlichste.

Das Wetter im Südwesten

2 -5	-4 -6	-3 -8
Heute	Freitag	Samstag

So erreichen Sie uns:
Tagblatt-Zentrale 0 70 71 / 9 34-0
Anzeigenannahme 0 70 71 / 9 34-4 44
e-Mail: anzeigen@tagblatt.de
Abo und Zustellung 0 70 71 / 9 34-2 22
e-Mail: vertrieb@tagblatt.de
Redaktion 0 70 71 / 9 34-3 02 / 3 03
e-Mail: redaktion@tagblatt.de
Uhlandstraße 2, 72072 Tübingen
Nummer 10 · 77. Jahrgang · E 6217 A



Nickerchen für die Demokratie



Nationalgardisten ruhen sich in der Rotunda des US-Kapitols aus. Eine Woche nach dem Sturm des Kapitols sollen sie weitere Angriffe durch Trump-Anhänger verhindern. Der abgewählte US-Präsident muss sich einem zweiten Amtsenthebungsverfahren stellen. Das Repräsentanten-

haus stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. Foto: Saul Loeb/afp

Kommentar
Hajo Zenker
zur Debatte im
Bundestag



Corona und Klein-Klein

Dass es immer schwieriger wird, die Corona-Maßnahmen trotz der hohen Todeszahlen und der Gefahr durch die Mutationen durchzuhalten, liegt nicht nur an der Ermüdung der Bevölkerung. Es liegt auch an der Politik, die sich zunehmend in den Wahlkampfmodus begibt. Die Bundestagsdebatte war ein beredtes Beispiel dafür. Da gab es FDP, Linke und AfD, die angeblich schon immer alles besser gewusst hatten und deshalb scharf mit der Bundesregierung ins Gericht gingen. Und da gab es die SPD, die plötzlich vieles besser weiß, obwohl sie in all der Zeit am Kabinetttisch gegessen hat.

Natürlich sind in der Corona-Bekämpfung Fehler gemacht worden. Aber auch wenn man etwa Zweifel an der Aussage von Jens Spahn haben kann, bis zum Sommer könne jeder, der das wolle, geimpft werden – irgendwann im Laufe dieses Jahres wird das sicher so sein. Das Impfen kann uns aus der Pandemie holen. Bis dahin macht es Sinn, dass man sich nicht im Klein-Klein verhakelt, sondern in einer gemeinsamen Kraftanstrengung durchhält. Bis sich nach dem Ende von Corona das übliche Parteienhickhack wieder voll entfalten kann.

Spahn will mehr Tempo

Pandemie Impfungen sollen bald besser laufen, beteuert der Minister.

Berlin. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat nach Kritik am Start der Corona-Impfungen in Deutschland schrittweise mehr Tempo zugesichert und wirbt für eine breite Impfbereitschaft. „Diese größte Impfung unserer Geschichte ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, sagte er im Bundestag. Er räumte Verbesserungsbedarf ein, verteidigte aber die europäische Beschaffung des Impfstoffs. Unterdessen versprach Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) 10 000 Soldaten zur Unterstützung der Altenheime. dpa

Bürger befürchten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Pleiten

Umfrage Mehrheit der Baden-Württemberger schätzt wirtschaftliche Perspektiven kritisch ein. Geteilte Meinung über Kretschmanns Engagement. Von Roland Muschel

Verödete Innenstädte, viele Firmenpleiten, steigende Arbeitslosenzahlen: Eine Mehrheit der Bürger im Land sieht dem neuen Jahr mit ausgeprägten Befürchtungen oder zumindest skeptisch entgegen. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, dem BaWü-Check, zur wirtschaftlichen Lage und Perspektive.

Danach schätzen zwar 57 Prozent der Baden-Württemberger die wirtschaftliche Lage des Landes positiv ein. Für die

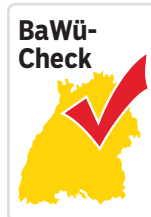
nächsten Monate rechnet aber eine große Mehrheit mit steigenden Arbeitslosenzahlen. 56 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass viele Unternehmen und Selbstständige im Südwesten infolge der Corona-Krise ihren Betrieb aufgeben müssen. 70 Prozent erwarten, dass die Innenstädte durch Insolvenzen von Geschäften, Restaurants und Cafés zumindest vorübergehend an Attraktivität verlieren werden. 40 Prozent befürchten sogar

eine dauerhafte Verödung der Innenstädte.

Bei der Bewertung des Einsatzes von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für die Belange der Wirtschaft ist das Bild gespalten: 39 Prozent haben den Eindruck, Kretschmann setze sich ausreichend ein, 38 Prozent finden, er müsste mehr tun.

Nicht nur die aktuelle Krise verunsichert die Bürger, viele sehen das Land für den generellen Strukturwandel schlecht ge-

rüstet. So glauben 59 Prozent der Bevölkerung, dass die Südwest-Firmen bei der Digitalisierung hinterherhinken. Auch die Zukunft der Schlüsselindustrie des Landes, der Autobranche, sehen viele skeptisch. Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass Daimler, Bosch und Co. auch künftig wesentlich zu einer erfolgreichen Entwicklung des Landes beitragen werden. Für den BaWü-Check hat das Institut für Demoskopie Allensbach vom 11. bis 21. Dezember 2020 im Land 1003 Personen befragt. **Südwestumschau**



Strobl will FFP2-Pflicht im Südwesten

Coronavirus Baden-Württembergs Innenminister sieht Vorteile durch bessere Masken.

Stuttgart. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat sich für eine verschärfte Maskenpflicht auch im Südwesten ausgesprochen. „FFP2-Masken sind schon eine stark infektionsschützende Maßnahme. Da haben wir Luft nach oben“, sagte der CDU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. Er reagierte damit auf den Beschluss in Bayern, wonach

das Tragen von FFP2-Masken im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel von Montag an Pflicht ist.

Strobl setzt allerdings etwas andere Prioritäten: „Zunächst sollten in Pflegeheimen und medizinischen Einrichtungen nur noch FFP2-Masken getragen werden“, sagte der Innenminister. Die Pflicht sollte auch Besucher und Patienten umfassen.

Da reiche eine herkömmliche Mund-Nase-Bedeckung aus Stoff nicht mehr aus.

Zuvor hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gesagt, eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken im Nahverkehr und beim Einkaufen wie in Bayern stehe im Südwesten derzeit nicht zur Debatte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte

gestern an, dass der Freistaat 2,5 Millionen FFP2-Schutzmasken für Bedürftige kostenlos zur Verfügung stellen werde.

Damit will die Staatsregierung Härten abfedern, wenn von Montag an für Menschen ab 15 Jahren eine FFP2-Maskenpflicht im gesamten öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen gilt. dpa

Themen des Tages Seite 2

Schwimmen oder untergehen

Seekühe haben schon immer die Fantasie der Menschen angeregt. Viele sahen in den doch eher plumpen Meeressäugern Fischgötter, Sirenen oder Nixen. Auch versuchte sich der Homo sapiens recht erfolgreich an der Ausrottung der schwimmenden Verwandten des Elefanten. Aber noch nie kam jemand auf die Idee, die überlebenden friedlichen Pflanzenfresser als Werbe-Fläche für politische Botschaften zu missbrauchen.

In Florida wurde genau dieser Frevel begangen. „Trump“. Ein einziges Wort, ein Name,

der als Drohung verstanden werden kann, wurde einer Seekühe tierquälerisch eingeritzt. Nun ermitteln die US-Tier-schutzbehörden. Und hof-fentlich auch das FBI. Denn spätestens, nachdem marodierende Zweibeiner mit Büffel-hörnern auf dem Kopf das Kapitol entweihten, wissen wir, wozu die An-hängerschaft der noch am-tierenden Orange in der Lage und bereit ist. Was kommt wohl als nächstes? Eisbären mit Trump-Frisuren? Auf Demokratenjagd

abgerichtete Haie und Wölfe? Oder geht es nur darum, Zeichen zu setzen, die die Präsi-dentschaft des Golfspielers überdauern? Aber ist eine Seekühe die richtige Pro-jektionsfläche? Wäre es nicht besser, den größ-ten Organismus der Welt (nach Trump), also den 9 Quadratkilometer großen Hallimasch für die Trump-Werbung einzusetzen? Der Pilz tummelt sich vor allem unterirdisch. Und das passt nun wirklich zum künftigen Ex-Präsidenten. **André Bochow**



Kreml-Kritiker Nawalny fliegt nach Russland

Moskau. Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionelle Alexej Nawalny will am Sonntag nach Russland zurückkehren. Er habe für den 17. Januar ein Ticket für einen Flug nach Russland gebucht, erklärte Nawalny auf Instagram. Auf den Kreml-Kritiker war im August in Sibirien mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe ein Anschlag verübt worden. Danach wurde er in der Berliner Charité behandelt. **afp**

Estland Regierungschef Ratas geht

Tallinn. Estlands Ministerpräsident Jüri Ratas hat nach Korruptionsvorwürfen gegen seine Partei seinen Rücktritt angekündigt. Die Justizbehörden des Landes hatten zuvor Ermittlungen eingeleitet. Hintergrund ist ein Darlehen in Höhe von knapp 40 Millionen Euro für ein Immobilienprojekt in Tallinn. Der Entscheidung sollen unerlaubte Absprachen vorausgegangen sein. Unter den Verdächtigen ist der Generalsekretär von Ratas' Zentrumsparterie. **dpa**

FOTO: © ACHIMDIEVER/SHUTTERSTOCK.COM